

Hand (unabhängig), während 90 Unternehmen bzw. 77,162 Millionen Dollar gemeinsam mit einheimischen Unternehmen betrieben wurden. Gemeinschaftsunternehmen überwiegen also bei weitem . . .

Was die Kapitalaufteilungsrate bei Unternehmen mit Auslandsinvestitionen angeht, so gibt es 23 Unternehmen mit 100% Auslandskapital, 49 Unternehmen mit 50% oder mehr Auslandskapital und 41 Firmen mit 49% oder weniger ausländischem Kapital. Von den 90 Gemeinschaftsunternehmen . . . haben 22 — das ist die höchste Zahl — eine Investitionsrate von 50—50 für Einheimische und Ausländer, 14 liegen bei 51—49, sieben bei 60—40, sechs bei 20—80 und sechs bei 75—25 . . .

Nach Industriebereichen aufgeteilt entfallen 18 auf die Textilgüterherstellung und -verarbeitung, das ist die höchste Zahl. Es folgen 13 Anlagen zur Herstellung von Elektronenteilen, die von den USA oder anderen Ländern errichtet worden sind, acht Fabriken in den Bereichen Verkehr, Maschinenteile und Bauausrüstung, ferner acht Anlagen zur Geflügel- und sonstigen Viehzucht. Außerdem gibt es Industrieanlagen zur Fertigung von Werkzeugmaschinen, Musikinstrumenten, Dekorationen usw. und zur Plastikherstellung. Die meisten dieser Industrien sind arbeitsintensiv . . .

#### 4. Laßt uns den Tatsachen ins Gesicht sehen

(Titel eines Aufsatzes in der in Japan erscheinenden Zeitschrift „Asahi Journal“ vom 6. 7. 1969. **Kiichi Aichi**, der Verfasser, ist japanischer Außenminister)

Ich war in nicht geringem Maße an dem Prozeß beteiligt, der zu dem gegenwärtigen Arrangement mit dem US-japanischen Sicherheitsvertrag geführt hat. Es war der frühere Ministerpräsident Kishi, der die Revision des Sicherheitsvertrags durchgeführt hat. Als er kurz nach der Amtsübernahme bei seiner Amerikareise vom Juni 1958 durch seine offenen Gespräche mit dem damaligen US-Präsidenten Eisenhower eine „neue Ära“ in den US-japanischen Beziehungen eröffnete, schlug Herr Kishi die Revision des alten Sicherheitsvertrages vor, der unterwürfig und einseitig war, und machte seine politische Zukunft von der Verwirklichung einer solchen Revision abhängig. Unmittelbar danach bzw. im Juli wurde ich zum Kanzleichef des Kabinetts ernannt und damit unerwartet zum Manager der Kishi-Regierung. Später wurde ich zum Justizminister ernannt und blieb ungefähr zwei Jahre lang im Kabinett Kishi und half Herrn Kishi bei der Durchsetzung seiner Politik. Bei den Beratungen des neuen Sicherheitsvertrags führte ich als Mitglied des Unterhaussonderausschusses über den Sicherheitsvertrag und als Abgeordneter der LDP die Reihe der Regierungssprecher an und bemühte mich, vor unserem Volk den Inhalt und die Bedeutung des Sicherheitsvertrags zu erläutern.

Ich bin selbst heute noch der Auffassung, daß der Abschluß des neuen Sicherheitsvertrags die größte Leistung der Regierung Kishi war. Auf Grund meines diplomatischen Glaubensbekenntnisses, daß die Gefahr einer Verwicklung des japanischen Volks in einen Krieg gering gehalten, daß Japans Wohlstand gesichert und seine Unabhängigkeit und Würde vermehrt werden sollte, und angesichts der turbulenten Weltlage von heute glaube ich, daß das bestehende Arrangement mit dem US-japanischen Sicherheitsvertrag bei Abwägung aller Vor- und Nachteile die beste Wahl

war. Dies ist in den letzten neun Jahren durch Japans Frieden, Wohlstand und Erlangung seiner Selbständigkeit vollauf bestätigt worden.

Die Zehn-Jahres-Periode des neuen Sicherheitsvertrags ist fast abgelaufen, und wenn die sogenannte „1970er-Frage“ auf uns zukommt, werde ich Außenminister sein. Ich möchte daher diese Gelegenheit benutzen, um dem Volk zu erläutern, warum die Erhaltung des jetzigen Sicherheitssystems für die Sicherheit des Landes erforderlich ist. Wie man die Sicherheit Japans gewährleisten soll, ist ein weitläufiges Problem, bei dem es um die Verfassung, ideologische Vorstellungen, Verwaltung des Landes, Außenpolitik und Militärfragen geht . . .

Die Streitpunkte in der Auseinandersetzung um den Sicherheitsvertrag können in ungefähr drei Kategorien eingeteilt werden, nämlich 1. was verteidigt werden soll (Unabhängigkeit, Freiheit, Menschenleben, Wohlstand, Einrichtungen usw.), 2. gegenüber wem diese Dinge verteidigt werden sollen (Bedrohung) und 3. wie verteidigt werden soll (mit oder ohne Sicherheitsvertrag, mit eigener Verteidigungskraft oder durch Abrüstung) . . .

Zunächst müssen wir dem Problem gerade ins Gesicht schauen, ohne uns davor zu drücken. Die Notwendigkeit einer Diskussion über die Frage der Bedrohung zu verneinen mit der Begründung, daß unsere nationale Politik dem Frieden gewidmet sei, oder der Erörterung der Bedrohung auszuweichen aus Furcht, eine solche Diskussion könnte zur Frage der allgemeinen Verteidigung oder zu einem Wiederaufleben des Militarismus führen, hieße die Verantwortung für die Zukunft des japanischen Volkes nicht ernst nehmen. Wo es keine Bedrohung gibt, braucht man auch nicht über Sicherheit zu sprechen. Deshalb sollten wir diesem Punkt nicht aus dem Wege gehen und uns in Wunschdenken verlieren.

Sodann muß eine scharfe Trennungslinie zwischen Ideal und Wirklichkeit gezogen werden. Unser Ideal ist die Verwirklichung des Friedens, der keine Macht nötig hat, doch die Wirklichkeit zeigt, daß der Frieden von der Macht abhängig ist. Wir müssen die Tatsache zur Kenntnis nehmen, daß Koexistenz in ihrer typischsten Form zwischen den Ländern, die zur NATO gehören oder den US-japanischen Sicherheitsvertrag haben, und dem kommunistischen Block besteht, weil die Gefahr eines Krieges zwischen ihnen sehr begrenzt ist.

Drittens sollten die Bemühungen, den auf Macht basierenden Frieden näher an den ewigen Frieden frei von Macht zu bringen, und die Bemühungen zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit gleichzeitig vorangetrieben werden, bis dieser Zweck erreicht ist. Es ist unrealistisch zu sagen, Verteidigung sei überflüssig, solange wir uns für eine Verminderung der Spannungen einsetzen.

Wer diesen drei Punkten zustimmen kann, hat nur noch über eine realistische Lösung nachzudenken, wobei die Ideale unserer Verfassung, der Wunsch unserer Bevölkerung nach Selbständigkeit und Unabhängigkeit und das finanzielle, verteidigungspolitische und diplomatische Problem, wie man Japans Frieden am wirksamsten gewährleisten könnte, zu berücksichtigen wären.

Wie gesagt halte ich noch immer große Stücke von der Sicherheitspolitik der Regierung als einer wirksamen Methode zur Erlangung von Frieden und Wohlstand für Japan, und ich vertrete die Ansicht, daß die Fortsetzung des US-japanischen Sicherheitsvertragssystems und eine vernünftige Stärkung unserer Verteidigungskraft in der gegenwärtigen Lage höchst realistisch sind.

Natürlich wird die Rolle der Vereinigten Staaten relativ gesehen abnehmen, falls das

Bewußtsein von selbständiger Verteidigung unter der Bevölkerung zunimmt und Japan Verteidigungsanstrengungen auf der Ebene der Schweiz oder Schwedens unternimmt. Ebenso selbstverständlich wird unser Sicherheitssystem überprüft werden, sofern die Friedensdiplomatie Japans und befreundeter Länder in Zukunft Früchte trägt und wir uns einer Situation der internationalen Gesellschaft nähern, wie sie von unserer Verfassung als Ideal entwickelt worden ist . . .

## 5. Meine Ansichten über die selbständige Verteidigung

(Auszüge aus einem Interview mit **Ken Okubo**, dem Präsidenten des Verbands der japanischen Rüstungsindustrie und Generaldirektor der Mitsubishi Elektromaschinenwerke. Erschienen in: „Economist“, jap. Ausgabe, 19. 8. 1969)

**Frage:** In letzter Zeit ist die Frage der Sicherheit Japans und die Entwicklung der Verteidigungsindustrie wieder sehr aktuell geworden. Wie denken Sie über Japans Sicherheit und Verteidigung?

**Okubo:** Um es mit einem Wort zu sagen, die Verteidigung der Heimat aus eigener Kraft ist das höchste Ideal. So etwas wie den Sicherheitsvertrag braucht es daher nicht zu geben. Und zwar deshalb, weil es in Ordnung ist, Japan zu verteidigen.

Jedoch hatte Japan bei Kriegsende keine Macht dazu. Heute hat das Land wohl beträchtliche Wirtschaftsmacht erlangt, doch ist seine militärische Stärke gering. Es ist fraglich, ob Japan den Dingen unbekümmert seinen Lauf lassen könnte, sollte es in diesem Zeitpunkt den Sicherheitsvertrag aufkündigen. Ich glaube, daß wir den Sicherheitsvertrag mindestens noch für einige Zeit verlängern müssen . . .

Doch bin ich nicht der Meinung, daß wir uns ewig auf andere verlassen sollten, sie unser Land verteidigen lassen und uns mit der Verfolgung eines angenehmen Lebens begnügen sollten nach dem Motto, daß unser Land seinem Wirtschaftswachstum nach in der Welt an dritter, in der freien Welt an zweiter Stelle liegt. Ich habe daher die Hoffnung, daß wir bald ein Stadium erreichen werden, in dem wir über eine beachtliche eigene Verteidigungsindustrie verfügen und uns zu dem Prinzip selbständiger Verteidigung unseres Landes bekennen. Dann können wir auch auf den Sicherheitsvertrag verzichten, wie das einige Leute in bestimmten Kreisen jetzt immer lautstark verlangen. Die Frage stellt sich jedoch, wann wir dieses Stadium erreichen werden . . . Ich bin der Meinung, daß sowohl eine Vermehrung des Personals als auch eine Verstärkung der Waffenproduktion erforderlich sind.

Ferner ist zu fragen, was mit den Verteidigungsausgaben geschehen soll. Es geht darum, in welchem Ausmaß und zu welchem Anteil Verteidigungsausgaben bewilligt werden sollen. Ich finde es nicht ganz richtig, daß man die Verteidigungsausgaben bei 0,9% des Bruttosozialprodukts beläßt und alles übrige die anderen machen läßt.

Selbst Länder wie England und Frankreich mit ihren großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten geben ungefähr 5% aus. Der niedrigste Satz liegt bei ungefähr 4%. Selbst das permanent neutrale Schweden gibt 3,9% aus. Italiens Rate ist recht niedrig, aber Westdeutschland, Frankreich und England geben alle ungefähr 5%